

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Fragen möchte ich wie folgt beantworten:

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rente wieder das gesetzliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ich möchte eine gute Rente für alle. Menschen die lange gearbeitet haben, müssen eine gute Rente bekommen. Damit sich das umsetzen lässt, muss der Staat wieder mehr Verantwortung übernehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge wahrnehmen - dazu zählt auch eine nachhaltige Rentenversorgung. Deshalb müssen wir zunächst das Rentenniveau stabilisieren und dann wieder auf mind. 50% anheben. Zudem brauchen wir eine paritätische Finanzierung, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen beteiligt.

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Die SPD hat durch eine Stärkung der Tarifpartnerschaft und der Einführung des Mindestlohns, die ersten wichtigen Schritte durchgesetzt. Das reicht selbstverständlich nicht. Deshalb setzte ich mich für einen armutsfesten Mindestlohn ein, denn gute Löhne sind ebenso wichtig, wie ein angemessenes Rentenniveau. Zudem müssen alle negativen Auswirkungen der letzten Rentenreformen überprüft und korrigiert werden. Es darf nicht sein, dass langjährig Versicherte sowie Versicherte, die wegen Kindererziehung oder der Pflege naher Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit zeitweise reduziert haben, Nachteile haben und im schlimmsten Fall im Alter eine Rente unterhalb der Grundsicherung bekommen. Hinzu kommt, dass die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben dringend verbessert werden müssen, denn besonders Frauen sind von Altersarmut betroffen. Auch muss das gesetzliche Rentenzugangsalter gesenkt werden. Frauen und Männer, die ihr Leben lang körperlich schwer gearbeitet haben (z.B. Schichtdienst oder unter starker psychischer Belastung tätig waren), sollten auch früher in Rente gehen können. Renten wegen voller Erwerbsminderung müssen ungeschmälert gezahlt werden. Für die Menschen, die über 35 Jahre gearbeitet haben, brauchen wir eine Mindestrente oberhalb der Grundsicherung - wer arbeiten geht, muss auch am Ende eine gerechte Rente bekommen.

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersvorsorgesysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Das Ziel einer gerechten Rentenpolitik ist die Erwerbstätigenversicherung für alle - unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, BeamtIn, Abgerordnete/r oder Selbständige. Deshalb sollen mittelfristig auch Beamte*innen, sowie Ärzte*innen und Rechtsanwälte*innen einbezogen werden. Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Zunächst darf es keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher

Art auch immer geben. Die freiwerdenden finanziellen Mittel könnten dann zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet werden. Des Weiteren brauchen wir eine Finanzierung aller nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie Mütterrente, Ost-West-Angleichung usw. aus Steuermitteln. Zudem spreche ich mich für eine Wertschöpfungsabgabe sowie für eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen aus, da diese die Rentenversicherung weiter stabilisieren würde.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegerversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Die kapitalgedeckte Privatvorsorge ist nicht sicher. Nach Angaben der OECD haben die privaten Pensionsfonds ca. 23% ihres Werts eingebüßt. Zudem können viele Menschen nicht privat vorsorgen, da die finanziellen Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Auch die derzeitige Niedrigzinsphase wirkt sich negativ auf die langfristige Renditeentwicklung der staatlich geförderten Privatvorsorge aus. Mit großer Ernüchterung mussten viele Versicherte jetzt schon feststellen, dass die private Altersvorsorge auf tönernen Füßen steht. Deshalb sollte man die Subventionierung der privaten Vorsorge aus Steuermitteln bestandssichernd auslaufen lassen. Eine Zwangsverrentung sowie die Verbeitragung bei bAV sollte abgeschafft werden. Zur Gleichstellung Ost-West: siehe Frage 4!

Ich hoffe, alle Fragen zur Zufriedenheit beantwortet zu haben.

Freundliche Grüße

Enrico Corongiu



ENRICO CORONGIU WÄHLEN!

SPD-Bundestagskandidat 2017

GAP I SOG I WM

Fone 0049 . (0)8823 . 928888

Mobil 0049 . (0)171 . 9300019

www.enrico-corongiu.de

PD Dr. Irmtrud Wojak

Pressesprecherin

Murnauer Straße 2

D-82438 Eschenlohe

Fone 0049 . (0)8824 . 9146324

Mobil 0049 . (0)175 . 3616013

Email Irmtrud.Wojak@gmx.de

